

N i e d e r s c h r i f t

der Sitzung des Finanzausschusses am 12.11.2008
19:00 – 22:00 Uhr, Gemeindeverwaltung Rangsdorf, Ladestr. 6

Anwesenheit:

Stimmbere. Mitglieder Herr Hildebrandt, Vorsitzender
Herr M. Rocher
Herr Mühlmann-Skupien i. V. für Frau Eichhorst
Herr Dr. v. d. Bank
Herr Dr. Klucke
Herr Rex

sachk. Einwohner: Herr Brockhaus
Herr Gröger
Herr Muschinsky
Herr Mrositzki

Entschuldigt: Herr Fruhner

Unentschuldigt: Herr Claus

Gem.-Verwaltung : Herr Rocher, Bürgermeister
Frau Klünder, Kämmerin
Frau Schulze, Schriftführerin

Gäste: Herr Schoenert
Frau Gröger
Herr Jens-Theo Müller

Verlauf der Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit

Die Sitzung wird um 19:00 Uhr vom *Ausschussvorsitzenden* eröffnet und die Anwesenheit von allen 6 stimmberechtigten Mitgliedern (einschl. Vertreter) festgestellt.

2. Bekanntgabe der Tagesordnung / Änderungsanträge

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit
2. Bekanntgabe der Tagesordnung / Änderungsanträge
3. Kontrolle der Niederschrift der Sitzung vom 09.09.2008
4. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses
5. 1. Lesung des Haushaltsplanes und des Stellenplanes 2009

6. Einwohnerfragestunde

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

3. Kontrolle der Niederschrift der Sitzung vom 09.09.2008

Es liegt eine schriftliche Korrektur zur Niederschrift von Herrn Brockhaus vor; diese ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Rex stellt zum Pkt. 8 die Nachfrage, wann die Thematik „Lok“ im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2007 wir angekündigt auf die Tagesordnung kommt.

Der *Bürgermeister* erläutert kurz die Thematik und sagt eine Aufnahme in die Tagesordnung zur übernächsten Sitzung des Finanzausschusses zu.

Die Niederschrift wird mit der o. g. Korrektur bestätigt.

4. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses

Herr Dr. Klucke schlägt Herrn Michael Rocher vor.

Herr Hildebrandt schlägt Herrn Hartmut Rex vor.

Der Ausschussvorsitzende beantragt eine offene Wahl durchzuführen; es kommt zur Abstimmung darüber:

6 / 0 / 0

Da Zustimmung zur offenen Wahl vorliegt, wird nun über den erst genannten Vorschlag
- Herr Michael Rocher –
abgestimmt.

Der Vorschlag wird mit 4 / 1 / 1 bestätigt:

Herr Michael Rocher wird somit als Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden gewählt.

Herr M. Rocher nimmt seine Wahl an.

5. 1. Lesung des Haushaltsplanes und des Stellenplanes 2009

Vom *Bürgermeister* werden zunächst die neuen Zahlen zur Änderung der Schlüsselzuweisungen des Landes und die aktuelle Haushaltsentwicklung erläutert.

Er führt weiterhin aus, dass zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes die gesamte Rücklage „Tunnel“ zunächst geliehen werden musste..

Da mit einer Einkommenssteuer von ca. 1 Mio. € aus 2008 mehr zu rechnen ist und ebenso bei der Gewerbesteuer in Höhe von ca. 500 T€, wären prognostisch mit dem Jahresabschluss 2008 die 1,5 Mio. € wieder für die Bahn vorhanden.

Herr Muschinsky bittet darum, nicht gleich ins Detail zu gehen, sondern zuvor kurze Erläuterungen zum Gesamthaushalt für die neuen Mitglieder des Finanzausschusses zu geben.

Dazu macht *Frau Klünder* einige grundsätzliche Ausführungen zur Zusammensetzung des Haushaltes und der Veränderungen.

Wie bereits vom Bürgermeister ausgeführt, wurde das Rücklagegeld für den schwer auszugleichenden Haushalt benötigt. Das Defizit resultiert aus Steuereinnahmen aus 2007 und entsprechender Rückzahlung an den Steuerzahler im Jahr 2008 aufgrund von Bescheiden des Finanzamtes..

Steuereinnahmen sind die Grundlage zur Ermittlung der Schlüsselzuweisungen (viel Steuereinnahmen = wenig Schlüsselzuweisungen). Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisung, Gemeindeanteil Einkommenssteuer, Familienleistungsausgleich abzüglich Gewerbesteuerumlage bilden die Finanzkraft (Umlagegrundlage) der Gemeinde. Darauf sind 45 % Kreisumlage zu zahlen.

Ursache für die Geldmisere war die Aufspaltung einer Firma; dies macht sich dann in den Folgejahren bemerkbar.

Da zunächst ca. 2,5 Mio. € zum Ausgleich fehlten, mussten radikale Kürzungen in einzelnen Positionen vorgenommen werden. Ca. 1,5 Mio. € müssen noch ausgeglichen werden.

Es gibt zum Ausgleich nur zwei Möglichkeiten:

1. Die Entnahme aus der Rücklage „Tunnel“, die nach der Jahresrechnung 2008 wieder aufgefüllt werden muss oder
2. die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Zu 2. ist die Bindung der Mittel erforderlich und Genehmigungsverfahren schränken die Arbeit ein.

Fakt ist, dass Verpflichtungen gesichert sein müssen. U. a. wird auch auf die gesetzlichen Tarifierhöhungen verwiesen, die zu beachten sind.

Der *Bürgermeister* legt dar, dass größere Investitionen mit Verpflichtungsermächtigen, wie der Straßenbau Seebadallee und Birkenallee, die Oberschule sowie der Umbau der Kita „Spatzennest“ weiter enthalten sind.

Zur Nachfrage von *Herrn Brockhaus*, warum für den Finanzplan noch keine Zahlen vorliegen, erklärt der *Bürgermeister*, dass zzt. nur prognostische Zahlen für 2009 vorhanden sind.

Weiterhin nimmt *Herr Brockhaus* Bezug auf die Einnahmenseite und bittet um Vollständigkeit der Unterlagen; es fehlen die Wirtschaftspläne der bezuschussten Einrichtungen. Diese werden zur nächsten Sitzung verteilt.

Es kommt zur Beratung über den Entwurf des Haushaltes (seitenweise).

S. 82 Allgem. Finanzwirtschaft
 9000

Zur Nachfrage von *Herrn Rex* zur Erhöhung des Anteils der Einkommenssteuern, wird vom *Bürgermeister* angemerkt, dass die Entwicklung ungewiss und dies Sicherheitszahlen wären. Zudem wird alle 3 Jahre ein neuer Verteilungsmaßstab festgesetzt.

Herr Dr. von der Bank vermisst Zwischenergebnisse zu Stichtagen in den Haushaltsansätzen (Einn.).

Dazu wird erläutert, dass dies technisch nicht möglich sei; eine Saldierung kann nur zum Jahresabschluss erfolgen.

Die Festlegung der Hebesätze (Grundsteuer A und B und Gewerbesteuer) erfolgt durch die Gemeinde; der *Bürgermeister* gibt dazu noch Erklärungen.

Herr Mühlmann-Skupien bittet um Informationen zum Landesdurchschnitt der Hebesätze.
(Hebesätze sh. **Anlage**)

Von *Herrn Muschinsky* kommt der Hinweis, dass der Kreis im vergangenen Jahr ca 1/3 mehr Umlage erhalten hätte; dies sollte man sich nicht weiter gefallen lassen.

Der *Bürgermeister* merkt an, dass bei einem kreislichen Defizit, die Gemeinden zur Umlage herangezogen werden.

Herr Dr. von der Bank spricht an, dass die Gewerbesteuern 2009 sich um 3 Mio. € verringert hätten zu 2007/2008.

Dazu äußert der *Bürgermeister*, dass die Bescheide zugrunde gelegt werden; eine Planung sei schwierig – Anfang des Jahres 2008 waren Rückzahlungen fällig und zum Ende des Jahres 2007 Vorauszahlungen.

Weiterhin werden Erläuterungen zu den Zerlegungsbescheiden gegeben.

Herr Dr. von der Bank fragt nach Möglichkeiten zu Gesprächen mit den Hauptsteuerzahlern, um die Steuern im Ort zu behalten.

Herr Hildebrandt möchte wissen, ob es zur Zweitwohnungssteuer Probleme (Klagen) gibt.

Dies wird vom *Bürgermeister* bejaht; es sind Verfahren anhängig.

Herr Hildebrandt hätte gern eine Auflistung über die Anzahl (prozentual) der Klagen.

Dazu wird eine Aufstellung der objektbezogenen Klageverfahren ausgereicht, äußert der *Bürgermeister*.

S. 84 Allgem. Finanzwirtschaft
 9100 Zinsen

Herr Brockhaus: 2061 Zinseinnahmen WG Funk
[*Bürgermeister:* lt. Jahresabschluss; Veränderung des Vertrages erfolgt; Anpassung an Doppik]

Herr Rex: Gewerbesteuerrückzahlung; Verzinsung – wo geht die Summe raus?
[6 % aus 9000.8450]

Stellenplan

Der *Bürgermeister* gibt Erläuterungen zum pädagogischen Personal; 10 % Überschreitung ist gemäß Beschlussfassung der Gemeindevertretung möglich; Anpassung an tatsächliche Zahlen.

Weitere Nachfragen werden gestellt zu:

- Gibt es evtl. Auswirkungen der Tagesmütter auf das Personal der Kitas.
[Wenig Auswirkungen, da die Kitas tw. voll belegt sind]
- Ruhender Verkehr; Einnahmen sollten Kosten decken? Muss soviel Personal eingesetzt werden?
- Tourismusbüro; Streichung der Sachausgaben; Erhöhung um ½ Stelle wird nach wie vor gefordert;

- Gibt es Veränderungen in den Gehaltsgruppen? [Ja – 10.000 Einwohner!]
- Diskussion über die Sekretärin der Außenstelle in Groß Machnow – Relation zur GS in Rangsdorf [Übernahme von Koordinierungsaufgaben und Führung der Schülerakten]
- Erhöhung der Hausmeisterstelle / Essenausgabe Oberschule – Begründung?
- Wird der Sozialarbeiter von der DRK bezahlt; bezuschusst die Gemeinde? Dies wird bejaht.
- Bedenken gegen Stellenerhöhungen [Es sind Aufgaben dazu gekommen, aber der gleiche Personalbestand in den Kitas.]
- Evtl. Personalumsetzung, da der Hort nicht ausgelastet ist? [Ist schon tw. erfolgt; aber kaum ausgebildetes Personal derzeit vom Arbeitsmarkt verfügbar.]
- In wie weit denkt die Verwaltung daran, selbst auszubilden? [Fachhochschule erforderlich für Erzieher; Einsatz von Praktikanten ist erfolgt mit Bindung]

Verwaltungshaushalt

S. 1

4140 Beschäftigtenvergütungen
Warum Senkung? [Sammelnachweis; ATZ]

S. 2

4140 Sozialversicherung
Warum Steigerung? [Anpassung an Tarifabschlüsse]

S. 3

6510 Bücher, Zeitschriften
[Abschaffung div. Werke mit ständiger Aktualisierung]

Herr Mrositzki beantragt in der Haushaltsstelle. 6510 eine Absenkung der Mittel auf 9000 €

Dem Antrag wird mit 6 / 0 / 0 zugestimmt.

5620 Aus- und Fortbildung; es besteht Bedarf, u. a. für die Weiterbildung von Verwaltungsmitarbeitern – Doppik -.

Frage zur Beteiligung und Stellungnahme des Personalrates zu den Kürzungen; Gespräche nur zur Gesamtsituation

6550 Gerichtskosten zur Hälfte reduziert? Aufstockung nach Bedarf; wenn die Verwaltung keinen Bedarf anmeldet, sollte die Summe stehen bleiben. Ausgleich durch NHH;

Herr Mrositzki stellt den **Antrag**, in der Position 5620 den Ansatz von 10.00 € auf 15.000 € zu erhöhen.

Abstimmung: 2 / 4 / 0

Dem Antrag wird lt. Abstimmungsergebnis nicht zugestimmt.

7180 Zuschuss Seebebenopfer

Frage zur Dauer: bis 2009

Zweckbindung? Koordination über die Botschaft

Ein Vertrag mit einer Hilfsorganisation sollte eingehalten werden.

S. 4

Herr Mrositzki beantragt, die Summe in der Pos. 1000 auf 4.000 € anzuheben.

Dem wird zugestimmt und durch den *Bürgermeister* die entsprechende Festlegung ausgesprochen.

S. 5

Wie verhält es sich mit dem Wahlkosten-Zuschuss?

Mit der Rückerstattung ist 2010 zu rechnen.

S. 6

Steigerung der GKD-Kosten? [mehr Einwohner = mehr Datensätze]

S. 10

6250 Kosten für Obdachlose; was bedeutet dies?

Kosten zur Unterbringung in einer Notwohnung, Heizkosten, Reparaturen

Herr Mrositzki beantragt in Anlehnung an das Ergebnis von 2007 in der Position 1501 eine Hochstufung auf 51.000 €

Abstimmung:

1 / 3 / 2

Der Antrag wird nicht bestätigt.

Die Pos. 6582 erscheint zu hoch.

[Es geht nach Fällen und es wurde vor allem auf die Durchsetzung der Straßenreinigung geachtet.]

S. 12

Nachfragen zu Pos. 5401 Wasserkosten Steigerung?

Pos. 5403 Heizkosten Senkung?

Prüfung!

Diskussion über die Ausstattung der FFW mit Schutzkleidung und den Bedarf. (5600, 5602)

Es sollte an der Ausrüstung, auch im Hinblick auf den Versicherungsschutz, nicht gespart werden.

Ist eine Abstimmung mit dem Gemeindeführer erfolgt?

Dies wird vom *Bürgermeister* verneint, aber darauf verwiesen, dass im Jan. 2009 eine Inventur der Kleidungsbestände vorgesehen ist.

Der Finanzausschuss erwartet im Ergebnis der Diskussion dazu die Vorlage dieser Auflistung bereits in 4 Wochen.

Herr Dr. von der Bank schlägt vor, aus der Pos. 5401 (Wasserkosten) 3000 € in die Pos. 5600 (Schutzkleidung) zu integrieren.

Herr Mühlmann-Skupien beantragt im Ergebnis der Diskussion:

Vorlage der Inventurliste bis zum 09.12.2008 und des daraus abgeleiteten Bedarfs zur Berücksichtigung in der Haushaltsplanung.

Abstimmung:

6 / 0 / 0

Nachfragen zur Kürzung der Aufwandsentschädigung (4010) und des Verpflegungsaufwandes (4610) werden gestellt.

Dies richtet sich nach den Einsätzen, so erklärt der *Bürgermeister* und wird ggf. über einen Nachtrag geregelt.

S. 17

Auf Nachfrage, warum der Deckungsring über die Außenstelle der Grundschule Groß Machnow geht, merkt der *Bürgermeister* an, dass Erfahrungen nur in Rangsdorf vorliegen.

S. 18

5702 Lehrbücher

Ist die Senkung der Mittel gerechtfertigt? Es gibt doch jetzt mehr Schüler.

[*Frau Klünder* begründet dies damit, dass eine genaue Berechnung erfolgt sei und keine Minderversorgung vorliegt.]

Herr Dr. von der Bank schlägt vor, aus der HHSt. 6510 1000 € zuzuschlagen, um keine Reduzierung in 5702 erfolgen muss.

In der weiteren Debatte dazu wird angeregt, die Schule bezüglich des Schulbuch-Bedarfes zu befragen. Klärung zur nächsten Sitzung !

S. 21

In der HHSt. 5700 erscheinen die Werbungskosten für die Oberschule als zu gering.

Es wird von *Herr Dr. Klucke* eine Erhöhung auf 5000 € beantragt.

Abstimmung:

5 / 0 / 1

S. 22

Ist die Summe der Erstattung der Beförderungskosten (16219) gerechtfertigt?

[*Bürgermeister*: Dies sind Kosten für Fremdkinder, die zum Schwimmunterricht fahren.]

Fortführung der Haushaltslesung in der nächsten Finanzausschuss-Sitzung

6. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Sitzung wird um 22:00 Uhr geschlossen.

(J. Hildebrandt)
Ausschuss-Vorsitzender

(K. Schulze)
Schriftführerin

Korrektur zur Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses der Gemeinde Rangsdorf am 09.09.2008

Gemeindeverwaltung Rangsdorf

nachrichtlich:
Herr Hildebrandt

Sehr geehrter Damen und Herren,

die Darstellung zu TOP 8 ist meines Erachtens zu knapp geraten, insbesondere da gravierende Punkte nicht enthalten sind, wobei in Teilen sogar ausdrücklich um Aufnahme in das Protokoll gebeten wurde. Ich bitte deshalb um folgende Ergänzungen:

Herr Brockhaus wies darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt bei der Prüfung der Vergaben auf eine große Anzahl an Mängeln hingewiesen und diese beanstandet hat (Seiten 20-27, fehlende Schlussrechnung, fehlerhafte Abschlagzahlungen, Delegation nichtdelegierbarer Bauherrenaufgaben an Freiberufler, Beauftragung nach Leistungserbringung, fehlerhafte Abnahmen, falsche Verjährungsfristen, fehlender Vergabevermerk). Die Gemeindeverwaltung gehe in Ihrer Vorlage (wie bei der Jahresrechnung 2006) nicht auf die Beanstandungen und Hinweise des Rechnungsprüfungsamtes ein. Die erforderliche Antwort der Gemeindeverwaltung an das Rechnungsprüfungsamt sei anders als in zurückliegenden Jahren den Vorlagen an den Finanzausschuss nicht beigelegt worden. Die Gemeindeverwaltung lege nicht dar, ob und wie die Mängel in Zukunft abgestellt werden sollen.

Es wird festgestellt, dass in der Vorlage die Seiten 25f. der Prüfungsmitteilung des Rechnungsprüfungsamtes fehlen.

Herr Brockhaus äußerte das Erfordernis, dem Rechnungsprüfungsausschuss die fehlenden Unterlagen zu einer erneuten Beratung zu übersenden, und die Notwendigkeit, dass die Gemeindeverwaltung ihren Umgang mit den Mängeln und das zukünftige Vorgehen im Rechnungsprüfungsausschuss zur Diskussion stellt, bevor die Entlastung des Bürgermeisters beantragt wird. Ansonsten könne der Rechnungsprüfungsausschuss seine Aufgaben nicht wahrnehmen.

Herr Bockhaus fragt, inwieweit die vergaberechtlich zweifelhaften, sehr teuren und mit langjährigen rechtlichen Verpflichtungen verbundenen Projekte Außenstelle Grundschule und Kita Staufenbergallee geprüft wurden. In beiden Fällen wurden sehr aufwändige Rechtskonstruktionen gewählt, um eine öffentliche Vergabe zu vermeiden.

Der Bürgermeister stellte dar, dass eine solche Prüfung nicht erfolgt sei und will mit der Bitte um Prüfung an das Rechnungsprüfungsamt herantreten.

Herr Brockhaus stellte darauf hin fest, dass somit eine einwandfreie Vergabe in den beiden Fällen nicht gesichert sei.:

Eine Weiterleitung des Sachverhalts an das Rechnungsprüfungsamt behalte ich mir vor.

Mit freundlichen Grüßen
Ralph Brockhaus
Bergstraße 24
15834 Rangsdorf